Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 1,78 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 250 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13 333, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Freitag, den 4. März 1927 — Nummer 53

Schänder des 1. Mai

Schärfster Kampf den Saboteuren der Einheitsfront!

Ein Briefwechsel zwischen den Dresdner Arbeiterorganisationen

Mit einer nie dagewesenen Brutalität führt die internationale Bourgeoisie eine Offensive gegen das Proletariat. Die Millionenmassen der Arbeiterklasse haben begriffen, wie notwendig angesichts der kapitalistischen Offensive die Einheitsfront im Kampf um die Existenz des Proletariats ist. Ueberall zieht der Gedanke der Einheitsfront. Die schweren Kämpfe, die im Anwachsen sind, zeigen einen ständig engeren Zusammenschluß unserer Klasse. Die sozialdemokratischen Führer, die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie haben alle Hände voll zu tun, getreu ihrer Lakaienrolle im Interesse des Imperialismus die Arbeiterklasse zu verwirren und die werdende Einheitsfront zu stören. Den besten Beweis für die Rolle, die die sozialdemokratischen Führer heute in der Arbeiterbewegung spielen, zeigt das Verhalten der Reformisten und SPD-Bureaukraten zum 1. Mai.

Auf dem Gründungskongreß der 2. Internationale am 14. Juli 1889 in Paris wurde beschlossen, daß der 1. Mai der Kampftag des Proletariats, ein Demonstrations- und Kampftag für den Achtstundentag sein soll. **Vor dem Kriege wurde von allen klassenbewußten Arbeitern der 1. Mai durch Arbeitsruhe als Kampftag für den Achtstundentag begangen.** Die ganze Kraft für die Arbeitsruhe am 1. Mai waren im Jahre ... die Gewerkschaften, während die Reichstagsfraktion der SPD zu bremsen versuchte. 1905 auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß begründete die Gewerkschaftsbureaukratie die Absage der allgemeinen Arbeitsruhe mit „Verantwortungsgefühl" (Schmidt). Mit Ausbruch des Krieges wurde der Kampftag des Proletariats, der 1. Mai, sowohl von den Sozialdemokraten, als auch von der Gewerkschaftsbureaukratie vollkommen sabotiert. Es lag nicht im Interesse der deutschen Bourgeoisie, die auf imperialistische Eroberungen auszog, die Arbeiterklasse auch nur im geringsten an ihre wichtigste Forderung, den Achtstundentag, zu erinnern. Erst durch den Druck der Arbeitermassen wurden die Reformisten nach der Revolution gezwungen, dem Willen der Arbeiter entsprechend, den 1. Mai zu einem Kampftag der Arbeiter zu gestalten und ihn als gesetzlichen Feiertag festzulegen. Allerdings nur dort, wo das Proletariat am stärksten konzentriert ist, wo es am weitesten vorgedrungen war während der Novemberrevolution, in Braunschweig und in Sachsen. Dieses „Entgegenkommen" an den Willen der Arbeiterklasse seitens der reformistischen Bureaukratie wurde jedoch praktisch zunichte gemacht durch ihre ständigen Sabotagemaßnahmen bei der Durchführung und Ausgestaltung des 1. Mai. In der Frage des Achtstundentages gibt es in der gesamten proletarischen Klasse keinerlei verschiedene Auffassungen. Das Proletariat ist gerade in dieser Forderung geschlossen und hat ständig den einheitlichen Kampf gefordert. Von den Reformisten wurde, um diese Einheitlichkeit der Arbeiterklasse zu stören, ständig mit einer verlogenen Hetze gegen die Kommunistische Partei und die Sowjetunion der geschlossene Kampf der Arbeiter am 1. Mai hintertrieben; so wie sie es in früheren Jahren trieben, auch jetzt wieder. Nachfolgender Briefwechsel zeigt die ganze Erbärmlichkeit der reformistischen Bureaukratie, ganz gleichgültig, ob sie sich in linke Phrasen hüllt oder ob sie offen die Politik der ASPS und des Parteivorstandes der Wels, Crispien und Konsorten, treibt.

Am 14. Februar richtete die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei

an den Bezirksvorstand der SPD Ostsachsen,
den Ortsausschuß des ADGB Dresden,
das Kartell für Sport und Körperpflege, Dresden-A.

folgendes Schreiben:

Werte Genossen!

Gerade in den letzten Monaten ist die deutsche Bourgeoisie auf der ganzen Linie zu scharfen Angriffen auf die Positionen der Arbeiterklasse übergegangen. Die Regierung Heldt in Sachsen unter deutschnationaler Duldung, die Regierung Marx, Hergt, Geßler im Reiche, die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter durch die kapitalistische Rationalisierung und die Gefährdung der letzten sozialpolitischen Errungenschaften durch die bekannte reaktionäre Gesetzgebung erfordern eine geschlossene Front aller Arbeiterorganisationen.

Wie notwendig diese Einheitsfront im Kampfe gegen das Unternehmertum ist, zeigt erneut sehr drastisch der Schiedsspruch vom 12. Februar 1927, der für die 150 000 sächsischen Metallarbeiter an Stelle der geforderten Arbeitszeitverkürzung eine Verlängerung der Arbeitszeit bringt.

Angesichts der drohenden Gefahren erfordert es das Interesse des deutschen Proletariats, den 1. Mai 1927 in geschlossener Front als einen Kampftag durchzuführen, der Bourgeoisie und den finsteren Mächten der Reaktion zu zeigen, daß die Arbeiterklasse zu kämpfen versteht.

Um am 1. Mai 1927 eine wuchtige Demonstration zustande zu bringen, treten wir an die SPD, den ADGB und das Kartell für Sport und Körperpflege heran, unverzüglich mit uns einen Ausschuß zu bilden zur Vorbereitung der Maifeier. Die Bezirksleitung Ostsachsen der Kommunistischen Partei ist bereit, die etwaigen Beschlüsse und Festlegungen über den Charakter des 1. Mai dahingehend zu fassen, daß sie über Dresden hinaus für ganz Ostsachsen Gültigkeit erlangen sollen.

Weil die Vorbereitungen der kommenden Maiveranstaltungen bald getroffen werden müssen, ersuchen wir Euch, uns bis Donnerstag, den 22. Febr. 1927, zu bescheiden, ob Ihr mit der Einsetzung eines Ausschusses zur Erteilung einer gemeinsamen Maikundgebung einverstanden seid.

Mit kommunistischem Gruß
(Unterschrift.)

Auf diesen Brief unserer Bezirksleitung erfolgte folgende Antwort von der SPD am 17. Februar 1927:

Werte Genossen!

Ihr unter dem 14. Februar d. J. an den Bezirksvorstand der SPD Ostsachsen gerichtetes Schreiben wurde von diesem an den geschäftsführenden Vorstand für Groß-Dresden zur Erledigung übergeben. Derselbe hat in seiner Sitzung vom 16. Februar dazu Stellung genommen. Da die Partei sich zurzeit in Verhandlungen mit den Gewerkschaften befindet und zu diesem Zwecke in baldiger Zeit das Maikomitee tagen wird, kann eine endgültige Antwort auf Ihr Schreiben zurzeit nicht erteilt werden.

Mit Parteigruß
(Unterschrift.)

Das Kartell für Sport und Körperpflege Dresden antwortete am 20. Februar 1927:

Werte Genossen!

Das Kartell für Sport und Körperpflege ist mit der Veranstaltung einer gemeinsamen Maifeier einverstanden. Sollte wider Erwarten die SPD und der ADGB eine gemeinsame Feier ablehnen, so ist das Sportkartell durch Beschluß bereit, beide getrennten Feiern durch Umzüge, turnerische und sportliche Aufführungen verschönern zu helfen.

Mit Gruß
Richard Kurt.

Der ADGB, Ortsausschuß Dresden, sandte uns unterm 24. Februar folgende Antwort:

Werte Genossen!

In der Vorstandssitzung des Ortsausschusses des ADGB wurde unter Bezugnahme auf die von den politischen Parteien eingegangenen Schreiben beschlossen, die Durchführung der diesjährigen Maifeier den politischen Parteien selbständig zu überlassen.

Der Ortsausschuß des ADGB wird durch einen Aufruf sämtliche Gewerkschaftsmitglieder für die Maifeier interessieren und dahingehend auffordern, daß eine starke Beteiligung gesichert gilt. Auf Grund dieses Beschlusses bedarf es keiner Mitwirkung unsererseits an irgendwelcher Komiteearbeit.

Mit Gewerkschaftsgruß
(Unterschrift.)

Am 28. Februar verständigte die SPD unsere Bezirksleitung telephonisch, daß sie eine Sitzung am 1. März habe, auf der endgültig die Maiveranstaltungen geklärt werden sollten. Wenn die Arbeiter geglaubt haben, die SPD-Führer würden nach all dem traurigen Verrat auch nur das Geringste gelernt haben, so beweist der Brief, den die sogenannte „linke" SPD-Führung an die Kommunistische Partei Bezirk Ostsachsen richtete, daß sie im Grunde dieselben sind, wie die ASPS-Leute und der Parteivorstand. Der Brief vom 2. März an die Kommunistische Partei, Bezirksleitung Ostsachsen, lautet wie folgt:

Werte Genossen!

Das Maikomitee der SPD hat sich, beauftragt von der Delegiertenversammlung der SPD Groß-Dresden, mit eurem Vorschlag, die Maifeier in diesem Jahre gemeinsam abzuhalten, befaßt. Es ist beschlossen worden, dem Vorschlage nicht beizutreten. Hierfür sind in erster Linie maßgebend die in früheren Jahren in Dresden, im vorigen Jahre in anderen Orten gemachten Erfahrungen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
(Unterschrift.)

Was wollen die sozialdemokratischen Führer mit der mysteriösen Andeutung „die gemachten Erfahrungen" sagen? Daß sie Sorge trugen dafür, daß der Genosse Karl Liebknecht am 1. Mai 1916 ins Gefängnis wanderte, weil er die Proletarier zum Kampf für ihre Losungen auf dem Potsdamer Platz aufrief, daß sie alle Kämpfe der Arbeiter verwirrten durch den Versuch, die Arbeiterklasse für die Losungen der imperialistischen Bourgeoisie zu gewinnen? Wer hat den Kampf der Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg verhindert? Die SPD-Führer, die die Arbeiter hinter der schwarz-weiß-roten Fahne der Bourgeoisie her auf die Schlachtbank führten. Wer hat durch die Verwirrungsmanöver die Arbeiter überredet, den Achtstundentag „im Interesse der Wirtschaft", also der Kapitalisten, zu opfern? Niemand anders als die sozialdemokratischen Führer im Verein mit der Gewerkschaftsbureaukratie! Wer wirft alle Arbeiter, die ernstlich die Einheitsfront des internationalen Proletariats anstreben, aus der SPD und sogar aus den Gewerkschaften heraus? Niemand anders als die SPD-Führer. Ueberall dort, wo ehrliche Arbeiter einen harten Kampf für ihre Interessen zu bestehen haben, kommen diese hinterlistigen Politikanten, um die Geschlossenheit der Arbeiterklasse zu stören. Die SPD- und Gewerkschaftsbureaukratie will unter allen Umständen die Einheitsfront mit der Bourgeoisie, die Einheitsfront, in der das Proletariat weiter das Objekt raffiniertester Ausbeutung sein und als Kanonenfutter für die Imperialisten mißbraucht werden soll. Gegen diese „Einheitsfront" lehnen sich alle klassenbewußten Arbeiter mit vollem Rechte auf. Es wird die Aufgabe aller Arbeiter in der SPD und in den Gewerkschaften sein, die Führer zu zwingen, entweder die Kampffront des Proletariats gegen die Bourgeoisie, gegen die Rationalisierung, gegen die politische und kulturelle Reaktion, gegen die Kriegsgelüste der Imperialisten zu organisieren, oder aber die reformistische Vorherrschaft in der Arbeiterbewegung zu brechen. Aus dem Briefwechsel ist klar zu erkennen:

die Gewerkschaftsbureaukraten, die bekannt sind als offene ASPS-Leute, und die „linken" sozialdemokratischen Führer spielen ihr verbrecherisches Spiel mit verteilten Rollen.

Selbst die linken Phrasen der SPD können über das verräterische Bestreben nicht hinwegtäuschen. Die einzige Arbeiterorganisation, die, außer der KPD und den mit ihr sympathisierenden Vereinigungen, bereit ist, den gemeinschaftlichen Kampfmai mit allen proletarischen Organisationen zu begehen und zustimmend antwortete, ist **das Kartell für Sport und Körperpflege.** Gerade die Arbeitersportler haben am meisten unter der vermehrten Ausbeutung, der Verlängerung der Arbeitszeit, der von der SPD und Gewerkschaftsbureaukratie als „notwendig" bezeichneten Rationalisierung, zu leiden. Ganz besonders aber haben gerade die Arbeitersportler erkannt, daß sie für die imperialistische Bourgeoisie als Kanonenfutter gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat, die Sowjetunion, mißbraucht werden sollen. Alle ehrlichen Arbeiter der Gewerkschaften, der SPD und aller proletarischen Organisationen müssen nunmehr den Kampf führen

gegen die Spalter der einheitlichen Kampffront der Arbeiterbewegung,

die reformistischen Bureaukraten. In allen Organisationen müssen die Arbeiter die Forderung der einheitlichen Maikundgebung zum Kampf **gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen den imperialistischen Krieg, für den starren Achtstundentag, für Erhöhung der Löhne, für die internationale Gewerkschaftseinheit,** für das Bündnis mit der Sowjetunion und die Reinigung der Arbeiterbewegung von den Agenten der Bourgeoisie, den reformistischen Bureaukraten organisieren.

Die Kommunistische Partei ruft allen klassenbewußten Arbeitern zu:

Erkämpft die einheitliche Front am 1. Mai!

Die neugebackenen „Republikaner" als Hochverräter entlarvt!

Berlin, 4. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Am heutigen Freitag soll der Beleidigungsprozeß des Wikingführers Godenstern gegen den Führer des Jungdo, Mahraun, verhandelt werden. Aus diesem Anlaß veröffentlicht die Vossische Zeitung in ihrer heutigen Morgenausgabe aufsehenerregende Enthüllungen über Staatsstreichpläne, die von dem völkischen Flügel der Deutschnationalen im Frühjahr 1926 getroffen wurden. Hindenburg und die Anwendung des Artikels 48 spielten bei diesen Plänen eine entscheidende Rolle. Claß veranlaßte den Fürsten von Salm, auf Hindenburg einzuwirken. Mit der Uebertragung des Reichsfinanzministeriums an Hugenberg soll sich Hindenburg auch bereit erklärt haben. Eine Ministerliste mit Hugenberg als Finanzminister und Dr. Emminger wurde aufgestellt. Nach diesen Plänen sollte nach der Ernennung des Kabinetts der Reichstag auf 60 Tage vertagt werden. In dieser Zeit sollten durch Aussperrungen und durch Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung künstliche Unruhen geschaffen werden, die die Notwendigkeit der Anwendung des Artikels 48 automatisch ergeben würden. Claß erklärte in den Besprechungen, daß die Reichswehr mitmache und General Seeckt krank gemacht werden müßte. Die Oberpräsidenten sollten beseitigt und an ihre Stelle Vertrauensleute gesetzt werden. Auch der Justizminister Hergt soll von diesen Plänen informiert und mit den Staatsstreichlern verbunden gewesen sein.

Frauendemonstration

am Sonntag, den 6. März mittags 1.30 Uhr auf dem Fischhofplatz unter Mitwirkung der Schalmeienkapelle des RFB.

KPD, RFB, RFMB, RJBD